

## Fraktion

Die parlamentarische Sommerpause ist vorüber und die **Corona-Lage** beschäftigt uns nicht nur weiterhin politisch, sondern auch in Bezug auf organisatorische Fragen. Wie an jedem anderen Arbeitsplatz auch, müssen wir unser bisheriges (Rudel)Verhalten überdenken und unsere Abläufe den pandemiebedingten Hygienestandards anpassen. Das bedeutet, dass wir bis zum Jahresende bei Abstimmungen unser Quorum verringern werden. Genaue gesagt, müssen nicht alle Abgeordneten bei Abstimmungen anwesend sein, sondern nur so viele, dass das bestehende Kräfteverhältnis zwischen den Parteien gewahrt wird. Darauf haben wir uns mit der Opposition verständigt, mit Ausnahme der AfD versteht sich, da mit dieser Partei einfach keine demokratischen Absprachen zu vereinbaren sind. Die SPD-Bundestagsfraktion hat, wie auch die Unionsfraktion, weiterhin im zeitlichen Wechsel im Plenarsaal getagt, um die Mindestabstände einhalten zu können. Und es stand eine Menge an: Im Plenum hatten wir **in dieser Woche allein 14 Gesetzeseinbringungen** in erster Lesung. Außerdem begann der **Untersuchungsausschuss im Finanzskandal um Wirecard**; wir haben in einer aktuellen Stunde den **Cum-Ex-Skandal** thematisiert und im Innenausschuss die Ereignisse auf den Stufen des Reichstags im Zuge der heterogenen Demonstration vergangenes Wochenende in Berlin. Außerdem habe ich im Plenum eine **Rede gehalten zur AfD-Forderung nach Tasern für die Bundespolizei**.

## Plenum

Hier eine Auswahl der wichtigsten Themen, die uns diese Woche beschäftigt haben:

Arbeit darf nicht krank machen. Darum sorgen wir jetzt auch in der **Fleischindustrie** für verlässlichen **Gesundheitsschutz**. Mit einem [Arbeitsschutzkontrollgesetz](#), das in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, setzen wir zügig das Arbeitsschutzprogramm auch für die Fleischbranche um.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine **hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung** in Krankenhäusern ist. Mit dem eingebrachten [Gesetzentwurf](#) setzen wir das „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ um und stellen insgesamt drei Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bereit.

Außerdem kommt der [Gesetzentwurf zur Neuregelung im Pass- und Ausweiswesen](#) mit dem Ziel, die öffentliche Sicherheit zu stärken. Er sieht z.B. vor, dass Fingerabdrücke im Speichermedium des Personalausweises künftig verpflichtend statt bislang freiwillig gespeichert werden. Außerdem haben Bürger\*innen die Wahl, ob sie die Lichtbilder im Fotohandel oder bei der Pass- und Ausweisbehörde erstellen lassen wollen.

Und wir **schützen zukünftig v.a. kleine Unternehmen und Online-Shops** vor teils existenzgefährdenden Abmahngebühren und Vertragsstrafen bei Bagatelverstößen mit unserem [Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs](#).

## Kükentöten

Julia Klöckner hat diese Woche einen Gesetzesentwurf vorgestellt, der das Töten von Eintagsküken aus Legehennenlinien ab Ende 2021 verbieten soll. Der Entwurf muss aber erst noch durchs Bundeskabinett und das Parlament gehen. Auch wenn die Initiative sehr spät kommt, und wir festschreiben müssen, wie genau der Umstellungsprozess aussehen soll, ist es endlich mal ein Schritt in die richtige Richtung.

## Afrikanische Schweinepest (ASP)

Am Donnerstag wurde der erste Verdachtsfall der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein in Deutschland bestätigt. Der für Menschen vollkommen harmlose Virus endet für Schweine in der Regel tödlich und kann – wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird – sich ausbreiten und verheerende Auswirkungen auf die Wild- und Hausschweinbestände haben. Niedersachsen ist darauf vorbereitet, was wichtig ist, da die Intensivtierhaltung wie bei uns in Niedersachsen besonders gefährdet ist. Es wird auch hier Zeit für einen Impfstoff.

## Anhörung Bau Tierwohl

Zu einem Gesetzesentwurf, der den Umbau von gewerblichen Tierhaltungsanlagen vereinfachen soll, gab es am Montag eine Anhörung. Der Entwurf, den vor allem CDU/CSU forcieren, sieht u.a. vor, einen erleichterten Umbau bestehender Anlagen von Tierwohlkriterien abhängig zu machen.



Das klingt zwar gut, aber bisher hat das Bundeslandwirtschaftsministerium noch nicht definiert, wie diese Kriterien aussehen sollen. Und was ist rechtlich gesehen Tierwohl? Der Begriff ist völlig unbestimmt. Mit dieser Schwammigkeit gibt es keine Planungssicherheit und keine Verbesserungen für die Nutztiere.

## ZOES

Das Zukunftsforum öffentliche Sicherheit (ZOES), dessen Beiratsvorsitzende ich in diesem Jahr bin, plant zum 40-jährigen Bestehen im Oktober eine große Veranstaltung bei uns im Paul-Löbe-Haus. Der Vorstandsvorsitzende Albrecht Brömme und ich haben das Jubiläum geplant, in dessen Rahmen auch das neue Grünbuch des ZOES veröffentlicht werden soll.

## Nigerianischer Menschenhandel

Der Menschenhandel von nigerianischen Kriminellen nimmt in Deutschland zu, wie auch in anderen europäischen Ländern zu. Darüber ist eine Dokumentation in Vorbereitung, für die ich interviewt wurde. Ich habe im Gespräch klargemacht, dass die Bekämpfung von organisierter Kriminalität eine wichtige umfassende Aufgabe ist, die noch mehr im Fokus politischen Handelns stehen muss.



## Demo der Veranstalter



Die Veranstaltungsbranche leidet mit am meisten unter den Corona-bedingten Einschränkungen. Aus dem Grund haben tausende Kulturschaffende am Mittwoch in Berlin für finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern demonstriert. Oliver Rulfs aus Delmenhorst war auch dabei. Die Botschaft ist angekommen. Wir sind schon dabei, weitere zielgerichtete Hilfen zu entwickeln.